

# Business - Die leise Sprache gemeinsamen Wohlstands

Ein Standpunkt von Dr. Çetin Ay, Präsident des BWA in Türkiye

Dr. Çetin Ay



Dr. Çetin Ay ist Präsident des BWA in der Republik Türkiye, Unternehmer, Regierungsberater und Investor. Der promovierte Ökonom engagiert sich seit vielen Jahren für den Ausbau der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen. Als Gründer zahlreicher Unternehmen in Deutschland und Türkiye verfügt er über weitreichende internationale Erfahrung. Dr. Ay ist zudem als Philanthrop aktiv und setzt sich für Rechtsstaatlichkeit, Bildung und humanitäre Hilfe ein.

In einer Zeit, in der sich globale Machtverhältnisse zunehmend in tektonischen Verschiebungen äußern - sichtbar etwa in geopolitischen Konfrontationen, protektionistischen Handelsmaßnahmen, disruptiven Technologien sowie in einer bemerkenswerten ideologischen Aufladung ökonomischer Prozesse -, gerät eine grundlegende Einsicht mitunter aus dem Blickfeld: dass nämlich wirtschaftlicher Austausch, verstanden nicht als bloßer Transfer von Waren und Dienstleistungen, sondern als Ausdruck wechselseitigen Vertrauens und institutionalisierter Verlässlichkeit, ein tragfähiges Fundament für supranationale Stabilität, friedliche Koexistenz und langfristige Entwicklung bildet. Der sich gegenwärtig zuspitzende Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China, flankiert durch einseitige Zollmaßnahmen gegenüber europäischen Partnern und begleitet von einer

zunehmenden Instrumentalisierung ökonomischer Hebel im geopolitischen Kontext, verweist auf eine Erosion jener regelbasierten Ordnung, die in der Nachkriegszeit die Globalisierung prägte. In dieser Situation ist Europa, und insbesondere Deutschland, gefordert, sich neu zu positionieren - nicht als bloßer Reagierender auf externe Impulse, sondern als mitgestaltender Akteur einer künftigen Weltwirtschaftsarchitektur.

Der Amtsantritt von Bundeskanzler Friedrich Merz, verbunden mit einer klareren strategischen Handschrift in der Wirtschafts- und Handelspolitik, lässt erkennen, dass Berlin gewillt ist, die ökonomischen Interessen des Landes mit größerer Kohärenz und Selbstbehauptung zu vertreten. Dabei dürfte es weniger um eine Rückkehr zur klassischen Industriepolitik gehen als vielmehr um die Fähigkeit, in einem zunehmend fragmentierten Umfeld tragfähige, wertorientierte Partnerschaften zu definieren - jenseits kurzfristiger Opportunitäten, getragen von Nachhaltigkeit, Fairness und gegenseitigem Respekt.

Dass Handel in diesem erweiterten Verständnis weit über ökonomische Effizienz hinausweist, zeigt sich in mehrfacher Hinsicht. Er ist nicht nur ein Mittel zur Wohlstandsmehrung, sondern auch ein Vehikel, um strukturelle Ungleichheiten zu adressieren, Entwicklungsperspektiven in benachteiligten Weltregionen zu eröffnen und über kulturelle wie politische Grenzen hinweg Vertrauen zu schaffen. In einer Welt, die durch Interdependenzen, institutionelle Dichte und multilaterale Vernetzung geprägt ist, besitzt ökonomische Verflechtung eine politisch stabilisierende Wirkung, die sich nicht in kurzfristigen Handelsbilanzen abbildet, wohl aber in der Verringerung systemischer Eskalationsrisiken.

Vor diesem Hintergrund erscheint es umso notwendiger, die Bedeutung internationaler Handelsbeziehungen neu zu kontextualisieren: nicht als Spielball machtpolitischer Interessen, sondern als struktureller Beitrag zu einer multipolaren, gleichwohl kooperativen und supranationalen Weltordnung. Dass Länder wie Deutschland, China, die Vereinigten Staaten oder auch Türkiye - mit ihren jeweils unterschiedlichen wirtschaftlichen Stärken, kulturellen Traditionen und geopolitischen Positionierungen - in dieser Ordnung produktive Rollen einnehmen können, setzt die

Bereitschaft voraus, Differenz nicht als Hindernis, sondern als Ressource wechselseitiger Ergänzung zu begreifen.

So verfügt Deutschland über ein industrielles Rückgrat, das in seiner technologischen Tiefe und organisatorischen Qualität weltweit Maßstäbe setzt; China hat in bemerkenswerter Geschwindigkeit eine Fertigungskapazität aufgebaut, die heute für globale Lieferketten unentbehrlich ist; die Vereinigten Staaten glänzen nach wie vor durch Innovationskraft und Kapitalmobilisierung; Türkiye wiederum nimmt, geographisch wie kulturell, eine Schnittstellenfunktion zwischen Europa, dem Nahen Osten und Zentralasien ein, die ihr in einer zunehmend entwestlichten Weltwirtschaft eine wachsende Bedeutung verleiht.

Doch wirtschaftliche Kooperation verlangt mehr als komplementäre Standortvorteile. Sie bedarf eines Grundkonsenses über Spielregeln, Normen und nicht zuletzt einer Ethik der gegenseitigen Rücksichtnahme. Gerade in Zeiten zunehmender Systemkonkurrenz - zwischen autoritären Regimen und liberalen Demokratien, zwischen staatskapitalistischen Modellen und marktwirtschaftlicher Offenheit - gewinnt die Frage, unter welchen Bedingungen Handel stattfindet, an Gewicht. Es geht nicht nur um die Höhe von Zöllen oder den Zugang zu Märkten, sondern um die Frage, welche politischen Ordnungen ökonomische Integration tragen sollen.

Die Antwort auf diese Frage kann, aus europäischer Perspektive, nur in einer bewussten Verstärkung jener Form von Handelsdiplomatie liegen, die auf Pluralismus, Rechtssicherheit und nachhaltige Entwicklung zielt. Dazu gehört auch die Fähigkeit, sich in Partnerschaften mit Ländern außerhalb des klassischen westlichen Kanons einzubringen - nicht in der Rolle eines Belehrenden, sondern als glaubwürdiger Partner, der zuhört, aushandelt und verlässlich bleibt.

Es ist eine stille, mitunter unspektakuläre, aber eben deshalb so wirkungsvolle Form der Außenwirtschaft: jene, die nicht auf Dominanz, sondern auf Verständigung setzt; die Märkte nicht als Schlachtfelder, sondern als Resonanzräume gemeinsamer Interessen begreift. Dass Handel dabei immer auch ein Instrument politischer Gestaltung bleibt, ist kein Widerspruch, sondern Ausdruck seiner Bedeutung im Konzert der internationalen Beziehungen.